

# „Sind entsetzt und empört“

Zur Abschiebung von Jamshid Heydari (HT vom 27. und 28. Januar)

Von der Internetseite des Auswärtigen Amtes (Stand 31. Januar): „Vor Reisen nach Afghanistan wird dringend gewarnt... Wer dennoch reist, muss sich der Gefährdung durch terroristisch oder kriminell motivierte Gewaltakte bewusst sein... Der Aufenthalt in weiten Teilen des Landes bleibt gefährlich... landesweit kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und andere Gewaltverbrechen kommen.“

In dieses Land ist Jamshid Heydari am 23. Januar abgeschoben worden. Der nach amtlicher Auskunft völlig unbescholtene Flüchtling lebte seit knapp 6 Jahren in Deutschland, zuletzt in Gröningen. Jamshid war 15 Jahre nicht mehr in Afghanistan, mehrere Mitglieder seiner Familie leben als anerkannte Flüchtlinge in Deutschland. Er war berufstätig und kam für seinen Lebensunterhalt inklusive Steuern und Sozialabgaben selbst auf, fiel also dem Staat auch nicht zur Last.

Jamshid spricht recht gut Deutsch, er hat entsprechende Kurse erfolgreich abgeschlossen. Sein Anliegen war, sich möglichst in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, und er hat zahlreiche deutsche Freunde hier.

Wir sind entsetzt und empört, dass unsere Landesregierung unter diesen Umständen die Abschiebung zulässt. Abschiebung in ein Land, das von der Bundesregierung nicht als sicher erklärt wurde, in ein Land, in dem Bundesinnenminister de Maizière oder der baden-württembergische Innenminister Strobl ganz sicher keine Urlaubswochen mit ihren Familien verbringen würden – es ist blanker Zynismus. Uns scheint, die bürgerlichen Parteien müssen angesichts des bevorstehenden Wahlkampfes den Populisten „liefern“, um sich Wählerstimmen zu sichern.

Wir appellieren an die grün-schwarze Landesregierung, eine solch unmenschliche Abschiebungspraxis zukünftig zu unterlassen, wie dies auch andere Bundesländer tun. Der nötige Ermessensspielraum besteht. Wir werden alles tun, um Jamshid aus der aussichtslosen Lage zu helfen.

Und wir werden uns immer wieder melden, um die Umsetzung des im Grundgesetz festgeschriebenen Rechts auf politisches Asyl sowie der Genfer Flüchtlingskonvention zu verlangen. Hieran werden sich Regierungen als auch Parteien in den bevorstehenden Wahlen zu messen haben.

*Dieter Sudermann,*

*Freundeskreis Asyl Kirchberg*